

Redebeitrag:

TOP 17b der Kreistagssitzung vom 13. Dezember 2017

Grundlage für die Rede des Kreistagsabgeordneten DER LINKEN im Kreistag Schleswig-Flensburg, Manfred Küter, zur Rückzahlung der Kreisumlage an die Gemeinden und zur Bewertung des Kreishaushalts 2018.

Für die Kreistagsrede selbst gilt, wie immer, das gesprochene Wort.

Haushalt 2018: Jetzt die Kreisumlageerhöhung den Gemeinden zurückzahlen

Sehr geehrte Damen und Herren,
als erstes werde ich den Antrag DER LINKEN begründen und dann etwas zur Haushaltsvorlage 2018 insgesamt sagen, sie bewerten.

Bei dem Änderungsantrag DER LINKEN geht es darum, die von den Gemeinden zu zahlende Kreisumlage wieder zurückzuzahlen.

Es geht dabei um die Zeit ab dem Jahr 2020. Dann hat der Kreistag wieder die völlige Freiheit über die Gestaltung unserer Kreis-Finzen gewonnen. Der Kreistag Schleswig-Flensburg muss sich dann an keinen Konsolidierungsvertrag mehr halten.

Dieser – unser - Antrag bezieht sich auf eine Kreisumlage, über die lange diskutiert und gerungen wurde, eine Kreisumlage, die keiner hier im Kreistag wollte. Und die doch für die Jahre 2018 und 2019 mehrheitlich im Kreistag beschlossen wurde.

DIE LINKE hatte übrigens damals gegen die Kreisumlage gestimmt.

DIE LINKE beantragt mit diesem Änderungsantrag, dass die Zwangsabgabe der Gemeinden in Raten zurückgezahlt wird.

Meine Damen und Herren,
es darf nicht sein, dass die Gemeinden für den Konsolidierungsvertrag in Haftung genommen werden, dass der Kreis sich ohne Not auf Kosten der Gemeinden saniert und seine Schulden abbaut.

Es gibt ab 2020 keinen Sachzwang mehr für den Kreistag. Geld ist genug da. Das zeigt ein Blick auf die Entwicklung des Eigenkapitals. Finanziell ist die Rückzahlung der Kreisumlage möglich.

Prognose für die Eigenkapitalanhäufung beträgt laut Vorlage (190/2017, S. 3 f.)

+ 2,1 Mio. Euro in 2019,

+ 3,3 Mio. Euro in 2020,

+ 5,0 Mio. Euro in 2021.

Da muss es doch möglich sein, den Gemeinden das Kreisdarlehen in vier Raten zu je 1 Million Euro zurückzuzahlen.

Ich kann mir vorstellen, dass der Landrat jetzt erwidern wird: Eine Rückgabe der durch die Anhebung um 0,91 %-Punkte in 2018 + 2019 der Kreisumlageerträge ist nicht angedacht und auch nicht eingeplant. Dieses würde auch nicht den Konsolidierungshilferichtlinien entsprechen. Das ist ein schlechtes Argument.

Dazu nur zwei Gegenargumente:

1. Nach dem Jahr 2019 ist der Kreis an keine Konsolidierungshilferichtlinien mehr gebunden. Der Vertrag wurde erfüllt, eine Nachwirkung gibt es nicht.
2. Und zum Stichwort „nie angedacht“ gebe ich nur den Hinweis, dass beim Abschluss der Konsolidierungsvereinbarung mit der Landesregierung nie, ich wie-

derhole nie, über eine Finanzierung der Kreisverpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag durch ein Opfer der Gemeinden, durch eine Kreisumlage, gesprochen wurde. Diese Idee wurde erst später in die Diskussion eingebracht.

Unter dem Stichwort Haushaltspolitik möchte ich in diesem Zusammenhang nur noch auf ein Ereignis aus dem Jahre 2015 hinweisen: auf die in diesem Hause allseits geliebte Therme Glücksburg.

Hätte der Kreistag im Jahr 2015 nicht auf Anraten des Landrats darauf verzichtet, eine Zahlung von 2,3 Millionen Euro an die Stadt Glücksburg durch eine gerichtliche Überprüfung zu verhindern oder zu minimieren, dann müsste der Kreis die Gemeinden heute nicht so hoch mit der Kreisumlage belasten, wie es jetzt vorgesehen ist. Diese 2,3 Millionen Euro entsprechen ungefähr dem erhöhten Kreisumlagebetrag für ein Jahr.

DIE LINKE hatte damals gegen dieses Geschenk an die Stadt Glücksburg gestimmt, wie übrigens viele andere auch, u.a. maßgebliche Personen der CDU-Fraktion.

Aber was in diesem Zusammenhang für die heutige Diskussion wichtig ist:

Durch den Verzichtsbeschluss des Kreistags wurde die Schuldensumme des Kreises Schleswig-Flensburg um bis zu 2,3 Millionen Euro erhöht. Einfach einmal so. Das war völlig unnötig.

Meine Damen und Herren,

da es nicht sein darf, dass die Gemeinden für das Tun und Handeln oder das Unterlassen des Kreises in Regress genommen werden, bitte ich Sie, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Meine Damen und Herren,

was sagt DIE LINKE zum vorgelegten Haushalt 2018 des Kreises Schleswig-Flensburg?

Der Haushalt des Jahres 2018 orientiert sich einzig und allein an einer Zahl: an der Zahl „0,0“. Die Politik im Kreis wird dadurch auf eine Zahl reduziert. Der Haushalt orientiert sich nur an wirtschaftlichen Normen und Kriterien, politische Ziele werden aufgegeben, wenn wirtschaftliche Ziele dem entgegenstehen. Beim Haushalt des Kreises ist es das Ziel der „schwarzen Null“.

Es zählt „im Geiste“ dieses Haushalts nur noch die wirtschaftliche Vernunft; die menschliche Vernunft bleibt auf der Strecke. Das politische Anliegen im Kreis verschwindet, geht dabei unter.

Wer die Kürzung der Schulden in den Mittelpunkt seiner Politik stellt, und alles andere hintenanstellt, der stellt nicht mehr die Menschen des Kreises in den Mittelpunkt seiner Politik, der verschiebt den Wertemaßstab seiner Politik.

Mit diesem Haushalt 2018 wird wieder einmal die Chance vertan, heute – und nicht erst morgen – mehr für die Menschen im Kreis zu tun.

DIE LINKE lehnt deshalb den Haushalt in der vorliegenden Form ab.

Manfred. Küter